Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 12

Artikel: Amerika an der Schwelle der siebziger Jahre
Autor: Fabius
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162388

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gerichteten Theorien» über das Verhältnis von kleinen und grossen Mächten, Theorien, die besagten, auch im sozialistischen Lager müssten sich die kleinen Mächte enger zusammenschliessen, wenn sie sich gegen die Vorherrschaft der einen Grossmacht behaupten wollten. Solche Vorstellungen beruhten auf einer absolut negativen Einschätzung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und auf einer bewusst falschen Darstellung der Verbindung zwischen der Sowjetunion und Osteuropa[16].

Von den Erfahrungen beim ungarischen Aufstand her wusste man in Prag, dass das Problem der Neutralität ein brisantes sei, und brachte es offiziell gar nicht ins Spiel. Die relativ bescheidenen und harmlosen Stellungnahmen und Vorschläge in der Presse wurden von seiten der Sowjetunion ungewöhnlich hart zurückgewiesen. Im übrigen war es dann vor allem die sogenannte Breschnew-Doktrin, die die Diskussionen beherrschte[17].

Harry Slapnicka

[1] «Pravda» (Zentralorgan der KPS), Pressburg, 26.11.1967. – [2] Aktionsprogramm der KPC, «Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus» vom 5.4.1968, abgedruckt in «Rudé právo» (Zentralorgan der KPC), Prag, 6.4.1968. – [3] «Rudé pravo», Prag, 25.4.1968. – [4] «Pravda», Pressburg, 24.3.1968. – [5] CTK («Ceskoslovenská tisková kancelář»), Prag, 19.7.1968. – [6] «Predvoj», Wochenblatt der KPS für Politik, Kultur und Wirtschaft, Pressburg, 21.3.1968. – [7] «Rudé právo», Prag, 16.3.1968. – [8] «Rudé pravo», Prag, 13.5.1968. – [9] Harry Slapnicka, Schwejk im Wandel, Wien 1970, S. 246. – [10] Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen, Dokumente, Presse- und Augenzeugenberichte, herausgegeben von einer Pressegruppe sowjetischer Journalisten, Moskau 1968, S. 83–85. – [11] Radio Prag, 26.8.1969, abgedruckt in «Osteuropäische Rundschau», München, 10/1969, S. 30. – [12] Associated Press (AP), 11.9.1969. – [13] CTK, Prag, 12.6.1968. – [14] «Rudé právo», Prag, 24.7.1969. – [15] «Rudé právo», Prag, 12.11.1969, – [16] In diesem Zusammenhang siehe auch Dietrich Möller «Der Traum von einer Donauföderation» in: Aussenpolitik, 7/1969, S. 424–431. – [17] Vgl. Boris Meissner, Die «Breschnew-Doktrin» – Das Prinzip des «proletarisch-sozialistischen Internationalismus» und die Theorie von den «verschiedenen Wegen zum Sozialismus», Köln 1969.

AMERIKA AN DER SCHWELLE DER SIEBZIGER JAHRE

Wenige Wochen nach der traditionellen State-of-the-Union-Botschaft hat Präsident *Nixon* dem Kongress einen aussenpolitischen Rechenschaftsbericht unterbreitet, in welchem er die weltpolitischen Ziele seiner Administration umreisst. Es handelt sich weniger um eine in die Zukunft weisende Vision der künftigen Aufgaben Washingtons auf internationalem Gebiet als um eine *subtile Analyse* der gegenwärtigen Situation. Das umfangreiche Kompendium – es umfasst über hundert Seiten – trägt die Handschrift von Nixons aussenpolitischem Berater *Professor Henry Kissinger;* es ist soweit mehr das Werk einer systematischen wissenschaftlichen Durchdringung der Materie als das Ergebnis tagespolitischer Überlegungen.

Flexible Aussenpolitik

Im Grundzug freilich entspricht diese *State-of-the-World-Message* der bisher von Nixon im Weissen Haus verfolgten Politik des *Pragmatismus*. Die Botschaft legt sich nicht auf irgendein verpflichtendes Programm fest; der Präsident will sich, wie er es im ersten Jahr seiner Amtszeit praktizierte, alle Wege und Möglichkeiten offenhalten. Washingtons Aussenpolitik wird sich unter Nixon nach den neuen Gegebenheiten richten, welche die gewandelte internationale Lage erfordert – das mag ein Gemeinplatz sein, aber es ist im Essentiellen der Gehalt der jüngsten Botschaft des Präsidenten an den Kongress.

Auf den ersten Blick ist das Wesent-

liche an Nixons Ausführungen der Wunsch und die Absicht, die amerikanische Rolle in der internationalen Politik zu begrenzen, die weltweiten Engagements so weit abzubauen, dass sie für die Vereinigten Staaten künftig tragbar sind. Tendenzen in Richtung eines neuen Isolationismus also? Eine solche Interpretation wäre wohl falsch. Das Rad der Zeit lässt sich nicht zurückdrehen. Nach 1918 glaubten die USA, es sich leisten zu können, in die *splendid isolation* der Jahre vor 1914 zurückzukehren; die spätere Entwicklung hat sie jedoch rasch eines besseren belehrt, und diese Lehre ist unvergessen geblieben. Nach 1945 haben die Vereinigten Staaten ihr weltweites Netz an politischen Verpflichtungen aufgebaut, und heute beruht die ganze internationale Politik auf diesem in den Jahren des dem Zweiten Weltkrieg folgenden Kalten Krieges entstandenen System der *globalen Polarität*, die zu einer Art Naturgesetz der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden ist, wie es früher das europäische Gleichgewicht war. Aus diesem System kann Amerika, selbst wenn es wollte, nicht ausscheiden ohne sich selbst und seine eigene Sicherheit aufs äusserste zu gefährden.

Neue Faktoren

Nixons Botschaft geht von der Überlegung aus, dass im gegenwärtigen Augenblick ein entscheidender Punkt der internationalen Entwicklung erreicht sei, eine «Wasserscheide», die das *Ende der Nachkriegszeit* markiere. Das eben begonnene Jahrzehnt stehe unter wesentlich anderen Vorzeichen als die beiden vorangegangenen. *Westeuropa* und *Japan*, die beide unter den Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges am stärksten gelitten haben, haben heute ihre Schwäche überwunden und sind – vor allem wirtschaftlich – bestimmende Faktoren des internationalen Kräftespiels geworden. Im Gegensatz dazu ist die Einheit des kommunistischen Lagers zerbröckelt, die Zeit des östlichen Monolithismus vorbei. Aber auch die amerikanische Suprematie ist im Schwinden begriffen, auf dem Gebiete der *strategischen Waffen* hat die Sowjetunion aufgeholt, und der Konflikt in *Vietnam* hat die Grenzen der amerikanischen Macht aller Welt deutlich demonstriert.

Problematik der aufgeteilten Lasten

Den Schluss, den das Weisse Haus aus dieser gewandelten Situation zieht, liegt in der Neuverteilung der internationalen Lasten. Im Zeichen des «Burden sharing» sollen Amerikas Verbündete mehr als bisher ihren Anteil an der gemeinsamen Sicherheit selbst tragen – auch das freilich keine taufrisch-neue Idee. Die Problematik des Gedankens einer vermehrten Übertragung von Verteidigungslasten auf die Schultern der Alliierten Amerikas hat sich in der Vergangenheit schon oft gezeigt: jede Ankündigung eines amerikanischen Truppenabbaues ist jeweils in dem Sinne ausgelegt worden, dass die internationale Lage eine *Entspannung* erfahren habe und damit ganz generell zu Rüstungsreduktionen geschritten werden könne. Der Effekt war üblicherweise kontraproduktiv, und es gibt gegenwärtig keine Anzeichen, dass es dieses Mal anders sein würde.

Nixons Botschaft hat es sorgfältig vermieden, bereits konkrete Angaben über das ins Auge gefasste «Burden sharing» zu machen. Das gilt vor allem für *Europa*. Mit Nachdruck wird unterstrichen, dass die Sicherung Europas von *zentraler Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens* sei. Die vor kurzem laut gewordenen Pläne über einen bevorstehenden weiteren Abzug amerikanischer Truppen aus Europa erfahren keine Bestätigung. Die Strategie der «Flexible response» soll weiter gelten. Wie lange freilich, bleibt ungewiss. Amerika sucht weiterhin, zusammen in Konsultationen mit seinen Verbündeten, Wege nach einer *neuen Art der Partnerschaft* mit Europa. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese nicht leicht zu finden sind und die Gefahr schwerer Belastungsproben für die westliche Allianz in sich bergen. Opera-

tionen wie «Big lift» haben es deutlich gemacht, dass selbst die technisch präziseste Organisation einer blitzschnellen Verlegung grösserer Truppenverbände über den Ozean kein vollwertiger Ersatz für die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa ist. Eine Ablösung der aus Europa abgezogenen US-Streitkräfte durch europäische Einheiten ist ebenfalls problematisch. Praktisch würde dies auf eine *Verstärkung der Bundeswehr* hinauslaufen – ein Prozess, der weder in der Bundesrepublik noch bei den übrigen europäischen Staaten Westeuropas auf grosse Begeisterung stossen würde. Eine Alternative zur Sicherheitsgarantie, welche die Anwesenheit starker amerikanischer Einheiten in Europa bedeutet, ist noch nicht gefunden.

Das Engagement in Asien und Nahost

Auch über das amerikanische Engagement in Asien äussert sich Nixon vorsichtig. Zwar wird besonders hier die notwendige Begrenzung stark hervorgehoben. Der angestrebte Verzicht auf Interventionen in *Insurgenzsituationen* zielt auf Vietnam ab. Aber diese «engagementspolitische Gesundschrumpfung», der hier das Wort geredet wird, zeigt noch keinen Weg auf, wie sich die Vereinigten Staaten aus dem Vietnamkrieg lösen können, ohne einen schweren Verlust ihres Prestiges und ihrer Position in Südostasien in Kauf zu nehmen. Hanoi hat auch in den letzten Wochen und Monaten auch nicht die Spur eines Willens zu einem Entgegenkommen gezeigt. Nixon muss sich für die Zukunft weiterhin alle Möglichkeiten offenhalten.

Vollends beim Appell an den guten Willen Moskaus bleibt es bei der Konfrontation im Nahen Osten. Der amerikanische Präsident hat an die Sowjetunion das *Signal* gerichtet, beidseitig eine Einschränkung der Aktivität der Grossmächte in diesem Konfliktgebiet vorzunehmen. Die jüngsten Gesten des Kremls gegenüber den Arabern deuten nicht darauf hin, dass Moskau diesem Wink folgen wird. Das sowjetische Interesse, im östlichen Mittelmeer den Topf am Kochen zu erhalten, überwiegt noch immer und bestimmt die Richtung der russischen Politik im östlichen Mittelmeer.

Konfrontation der Supermächte

Trotz der Feststellung, dass die Nachkriegszeit zu Ende sei und neue Wege der internationalen Politik sich abzeichneten, zeigt Nixons Botschaft, dass in den Grundzügen die Situation auch heute noch die gleiche ist, wie sie 1945 durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges entstand. Die in den beiden Supermächten Amerika und Russland verkörperte *Bipolarität* bleibt bestimmend für das weltpolitische Geschehen. Zwar zeichnet sich als dritte gleichrangige Macht *China* am Horizont ab; aber auch hier zeigt der amerikanische Präsident die gewohnte Vorsicht in der aktuellen und potentiellen Bewertung dieses ungewissen Faktors. Praktisch hat der ideologische und politische Streit zwischen China und der Sowjetunion bisher Moskau kaum in der Entfaltung seiner Machtansprüche gehindert. Wer glaubte, die Spannung an der Tausende von Kilometern langen sowjetisch-chinesischen Grenze zwinge den Kreml, in Europa grössere Kompromissbereitschaft zu zeigen, wurde im August 1968, als die Truppen des Warschaupaktes in die unbotmässige *Tschechoslowakei* einmarschierten, eines besseren belehrt. Dass sich hier auf längere Fristen einmal neue Entwicklungen anbahnen können, scheint zwar so gut wie sicher. Die Vereinigten Staaten suchen den Kontakt, den sie mit dem kommunistischen China seit Jahren durch die Botschaftergespräche in Warschau aufrechterhalten, nicht abbrechen zu lassen und haben ihn in den letzten Wochen sogar intensiviert. Wenn Nixon aber in seiner Botschaft erklärte, dass er die Spannungen zwischen Moskau und Peking nicht ausnützen wolle, um daraus für die amerikanische Politik Kapital zu schlagen, so trägt er damit nüchtern dem Umstand Rechnung, dass jedes allzu durchsichtige

Agieren Washingtons in dieser Richtung leicht ins Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlagen könnte. Auch zu Beginn der siebziger Jahre ist die konventionell und nuklear hochgerüstete Sowjetunion die einzige den Vereinigten Staaten ebenbürtige Macht, deren Bewegungen weitgehend auch die Politik Washingtons bestimmen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Leiden und Freuden eines Finanzministers

Bundesrat Celio ist gegenwärtig wohl der meistbeschäftigte unter unseren vielbeschäftigten Landesvätern und sieht sich dabei einer ausserordentlichen Summierung von „heissen Eisen" gegenüber. Denn er hat nicht nur „seine" Reform der Bundesfinanzordnung durchzufechten, sondern er musste auch in die Konjunkturpolitik einsteigen, weil er als Stellvertreter des erkrankten Demissionärs Bundesrat Schaffner noch zu dessen Amtszeiten dieses schwierige und undankbare Geschäft an die Hand zu nehmen hatte. Dabei ist ihm unterschiedliches «Schlachtenglück» beschieden.

Bei der *Konjunkturpolitik* wird er ganz ausgeprägt in schwerstes Kreuzfeuer genommen. Auf der einen Seite stehen die Vertreter der «reinen» Wirtschaftspolitik, das heisst jene, die es im Interesse der Gesamtwirtschaft als unerlässlich erachten, eine straffe Konjunkturpolitik zu entwickeln, auch wenn diese da und dort schwerer wiegende Wunden aufreissen sollte. Dazu gehören vor allem die Vertreter der Wirtschaftstheorie mit ihrem publizistischen Gefolge sowie Exponenten einzelner Bundesverwaltungszweige und der Nationalbank. Ihnen stehen die Sprecher der unmittelbar betroffenen Wirtschaftsgruppen gegenüber, die ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck zu verteidigen wissen. Bundesrat Celio, der «es» nicht nur im Kopf, sondern auch in den Fingerspitzen hat, suchte nach einem Mittelweg, der Dämpfung versprechen und doch eine solide politische Basis erlangen sollte. Der Versuch dürfte, das zeichnet sich schon heute ab, zum Scheitern verurteilt sein. Darüber ist in der «Wirtschaftschronik» dieses Heftes mehr zu lesen.

Finanzpolitischer Achtungserfolg

Hat Bundesrat Celio im konjunkturpolitischen Bereich bisher also wenig Lorbeeren geerntet, so war er in seiner engeren Domäne, der Finanzpolitik, in letzter Zeit erfolgreicher. Und dies, obwohl sein Reformprogramm anfänglich unter einem schlechten Stern zu stehen schien: Als im November 1968 der erste Entwurf unter dem Stichwort «Anpassung der Einnahmen an den erhöhten Finanzbedarf» publiziert wurde, folgten ihm auf dem Fusse Abschlusszahlen der eidgenössischen Rechnung, welche die Vorlage als allzu pessimistisch erscheinen liessen. Bundesrat Celio zog die Konsequenzen und verlagerte den Akzent von der Mittelbeschaffung auf die mittelfristigen Probleme sowie auf die Linderung der kalten Progression bei der Wehrsteuer. Damit sollte einerseits die allmähliche Verschiebung der Anteile von direkten und indirekten Steuern korrigiert werden (1960 standen Warenumsatzsteuern und Zölle zur Wehrsteuer noch im Verhältnis von 4,5 zu 1; bei unveränderter Ordnung würde die Relation dagegen 1974 noch etwa 1,4 zu 1 betragen). Und anderseits sollte durch die Aufhebung der zeitlichen und materiellen Beschränkungen mit der ständigen Zeitnot aufgeräumt wer-